

Editorial 3

Friedenspolitik

- Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg. 4
- Nichts geht ohne Waffenstillstand 5
- Starke Frauen sichtbar machen 6
- Die europäische Flüchtlingspolitik ist gescheitert 8
- Arms Trade Treaty: Kurz, bündig, unverbindlich 10



Deutsche Sektion

- pax christi-Aktivitäten Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel 11
- Klarstellung Artikel 26, Absatz 2 12
- Präsidiumsnotizen, Nachrichten aus den Kommissionen 13



Geistliches Wort

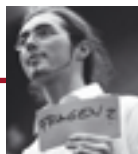
- Reflexionen zum Tod Osama bin Ladens 14

Gerechter Friede

- Nahost: Friedlich bleiben im Widerstand 16

Sozialer Friede

- Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums“ 18



Bistumsstellen

- Meldungen aus den Bistumsstellen 20

Gerechter Friede

- Das Programm des Gerechten Friedens weiterentwickeln 23
- Briefe von Leser/innen 22



Zentralstelle KDV aufgelöst

„Geht es auch ohne Militär?“ so der Titel der Vorabendveranstaltung zur letzten Mitgliederversammlung im Mai 2011, die beschloss, den Trägerverein aufzulösen und das Büro zu schließen. Damit beendete die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“, kurz Zentralstelle KDV genannt, nach über 50 Jahren ihre Existenz.

Engagement für Gewissensfreiheit

Bald nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik 1955/56 gegründet, wurde die Zentralstelle KDV zu einem unverzichtbaren Wächter über das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung. Ihre Arbeit hatte Auswirkungen auf den Zivildienst und ihre Mitarbeiter waren Berater und Begleiter bei unzähligen Anerkennungsverfahren. Ohne ein solches Bündnis von Organisationen mit kirchlichem und militärkritischen Hintergrund wären die ehrenamtlichen Beistände kaum mit ausreichenden Informationen versorgt gewesen und auch viele Zivildienstleistende bei Problemen mit ihrer Dienststelle alleingelassen worden.

Das alles ist nun zu Ende. Was bleibt?

Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist noch immer kein weltweit anerkanntes Menschenrecht! Faktisch alle Staaten, die eine Armee unterhalten, erwarten von Soldaten, dass sie sich dem militärischen Selbstverständnis als Lebensform unterordnen und es nicht in Frage stellen. In Wehrpflichtarmeen ist dies klar, aber auch Staaten mit Berufsarmeen sehen in der Regel kaum Entlassungen aus dem Dienst aufgrund von Konflikten mit der eigenen Überzeugung vor, sondern bedrohen Kriegsdienstverweigerer mit z.T. langjährigen Haftstrafen und gesellschaftlicher Diskriminierung. Prekär ist die Lage besonders in Russland, der Türkei oder Israel. Auch Angehörige der US-Armee, die diese verlassen wollen, weil sie z.B. den Krieg im Irak oder Afghanistan nicht mehr mittragen können, geraten in erhebliche Schwierigkeiten, erhalten in der Bundesrepublik Deutschland kein Asyl und werden erst nach oft langwierigen Verfahren vor Militärgerichten aus dem Dienst entlassen. Hier ist weiterhin Unterstützung notwendig. Der Verein connection e.V. leistet hier seit Jahren Beratung und Begleitung der Betroffenen.

Ein weiteres Beispiel der Militärkritik geben Militärsteuerverweigerer, wenngleich hier die Rechtslage nicht endgültig geklärt ist. ■

Georg Hörnschemeyer



Kriegsdienstverweigerung bleibt ein Thema auch in Berufsarmeen.
Foto: photocase/Bratscher



pax zeit: Zeitschrift der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi, www.paxchristi.de

Herausgeber: pax christi-Bewegung, Deutsche Sektion
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Tel.: 030 - 200 76 78 12, Fax: 030 - 200 76 78 19
E-mail: sekretariat@paxchristi.de

Redaktion: Daniele Fettweis (Alano Publikationsservice),
Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Markus Weber

Alle Einsendungen: pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin

Gesamtherstellung: SCALA Design, Aachen, www.scaladesign.de

Bezugspreis: im Abonnement 10,- Euro, Förderabonnement 15,- Euro für pax christi-Mitglieder im Jahresbeitrag enthalten; Abbestellung jeweils zum Jahresende

Einzahlungen: Pax-Bank 4 000 569 017 (BLZ 370 601 93)

Druck und Versand: Print Production, Aachen
Theaterstraße 82, 52062 Aachen

Redaktionsschluss für die Ausgabe PZ 4/2011: 28. Oktober 2011

Dieser Ausgabe liegt der Flyer zur „Ökumenischen Friedensdekade 2011“ bei.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Organe der Bewegung wieder. Bei allen eingereichten Artikeln und Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen vor. Eine Haftung für unaufgefordert eingesandte Artikel und Fotos kann nicht übernommen werden.

Umschlagfotos: Titelbild: DVIDSHUB
Rückseite: nicolaslaughlin

Gedruckt auf 100% Recycling Papier

Liebe Leserinnen und Leser!



Ein klares
Stopp dem
Militäreinsatz.
Foto:
Afghanistan
Matters

„**Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg.**“ – dieses Motto der Proteste gegen die zu erwartende Zwiespältigkeit der „Petersberg II“- Konferenz haben wir auch als Titel dieser Ausgabe der pax zeit gewählt, weil es im Oktober zehn Jahre sind, dass unter deutscher Beteiligung in Afghanistan Krieg geführt wird. Im Dezember lädt die Bundesregierung erneut zu einer Afghanistankonferenz nach Deutschland ein. Ich gehöre zu denen, die zu Protesten anlässlich dieser Konferenz aufrufen. Denn dort wird viel von der „Übergabe in Verantwortung“ gesprochen, aber zugleich die weitere militärische Präsenz „des Westens“ über das Jahr 2014 hinaus vorbereitet werden. Dass auch Deutschland mit Soldat/innen über 2014 hinaus in Afghanistan präsent bleiben will, hat die Bundeskanzlerin bereits anlässlich des Nato-Gipfels 2010 in Lissabon verkündet. Das kann auf den Internetseiten der Bundesregierung nachgelesen werden. Nun will ein breites Bündnis der Friedensbewegung nicht zulassen, dass genau das aus dem öffentlichen Bewusstsein – und der Berichterstattung – verschwindet. Deshalb organisieren wir den Protest in Bonn Anfang Dezember und bitten Euch alle um Beteiligung in Bonn – das wäre das Beste! – oder durch dezentrale Aktivitäten. Alle wissen es: Die Sicherheit für die afghani-

sche Bevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert statt verbessert. Das ehemals positive Image der internationalen Truppen ist in Enttäuschung und Ablehnung umgeschlagen. Die Ernährungssituation, die medizinische Versorgung und die wirtschaftliche Lage sind katastrophal, Mädchen und Frauen wird der Zugang zu ihren Rechten nahezu unmöglich gemacht. Dieses Bild bestätigten die Gespräche mit der afghanischen Parlamentarierin und Vorsitzenden von medica Afghanistan, Golalai Safi Nur und auch mit Abed Nadjib, dem gesandten Botschaftsrat Afghanistans in Deutschland, auf der Tagung „Der Krieg, der Abzug, unsere Verantwortung“. Besonders eindrücklich waren auf der Tagung, die pax christi mit der IPPNW und anderen an der Ev. Akademie Bad Boll veranstaltet hat, die Berichte der Afghan/innen, die hier in Deutschland leben und durch Solidaritätsprojekte versuchen „ihr Land“ mit aufzubauen. Die innerafghanischen Konflikte drohen zu eskalieren. Die rücksichtslose Militärstrategie mit unzähligen zivilen Opfern verschafft dem bewaffneten Kampf gegen die NATO-Truppen weiterhin Zulauf. Das vom Westen auf die zu überwindenden Taliban enggeführte mediale Bild bildet das Nebeneinander unterschiedlich motivierter Kampfgruppen, die durch den internationalen Waffenhandel hochgerüstet sind, nicht realistisch ab. Noch weniger klar ist der Blick auf die innerafghanischen Konflikte insgesamt, die nach über 30 Jahren unversöhnt nebeneinander stehen. Jegliches Programm, das allein mittels finanzieller Anreize für Aussteiger versucht, Zustimmung zur Zentralregierung zu bewirken, muss da fehlschlagen. Frieden in Afghanistan beginnend mit einem Ende des Krieges braucht eine politische Lösung. Eine militärische Lösung des Konflikts ist nicht möglich, der Militäreinsatz gescheitert. Ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen ist

unabdingbar, um ein Ende des Krieges und Versöhnungsprozesse innerhalb der afghanischen Gesellschaft zu beginnen. In der Runde der Teilnehmer/innen der Tagung in Bad Boll war die Zustimmung zur Forderung nach dem schnellen und vollständigen Abzug der internationalen Truppen als Voraussetzung für den Friedensprozess immens. Der Botschaftsrat hingegen schilderte das Bemühen der Karzei-Regierung, die Verantwortung in Kooperation mit der internationalen Allianz zu übernehmen. Der afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki schlug vor, statt der internationalen Soldaten falls notwendig Militär aus islamisch geprägten Nachbarstaaten zur Sicherung eines Waffenstillstandes hinzu zu ziehen. Mehr zur Kriegssituation in Afghanistan bietet diese pax zeit auf den Seiten 4 – 7. ■

Eine interessante Lektüre wünscht




Termin

28. - 30. Oktober 2011

Einladung zur Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung findet vom 28. – 30. Oktober 2011 in Fulda im Bonifatiushaus der Diözese statt

Themen der diesjährigen Delegiertenversammlung sind u.a.:

- pax christi im Dialog mit Politik und Kirche: Deutsche Außenpolitik als Friedenspolitik und Sicherheitspolitik – ein Thema für die gesellschaftliche Debatte
- Die Arbeit der Kommissionen
- Die Kampagne Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel

Infos und Anmeldung: pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel.: 030-200767812, Email: sekretariat@paxchristi.de



Gescheiterte Strategie:
Viel Militär, wenig zivile
Aufbauhilfe.
Foto: DVIDSHUB (l.),
AfghanistanMatters (r.)



Nichts geht



Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg.

*Bonner Regierungskonferenz zu Afghanistan
wird von Protesten begleitet*

Vom 3.-5. Dezember soll das Treffen der kriegführenden Staaten in Bonn von Demonstrationen begleitet werden. Eine internationale Antikriegskonferenz soll realistische Alternativen für eine Befriedung Afghanistans beraten.

Unter dem Motto „Sie reden von Frieden. Sie führen Krieg. – Truppen raus aus Afghanistan!“ werden am 3. und am 4. Dezember 2011 eine bundesweite Demonstration sowie eine internationale Konferenz stattfinden. Diese sollen ein kraftvolles Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen. Desweiteren sind Aktionen des Zivilen Ungehorsams für den 5. Dezember geplant, dem Tag der internationalen Afghanistan-Regierungskonferenz. Stellt Euch quer und beteiligt Euch auch an den Aktionen, um den Krieg zu beenden!

Der von der NATO geführten Kriegscoalition wird vorgeworfen, auch nach dem propagierten Abzugsplan für die ausländischen Kampftruppen durch eine unsinnige Intensivierung der Liquidierung von Aufständischen durch Spezialeinheiten sowie gezielte Drohnenangriffe in Afghanistan und Pakistan den Krieg vor allem auf Kosten der Zivilbevölkerung weiter zu verschärfen. Die gleichzeitig mit den Taliban aufgenommenen Vorverhandlungen und eine mögliche politische Lösung würden konterkariert. „Wie schon in Vietnam drohen die letzten Jahre des Krieges, die Phase mit den meisten Opfern zu werden“, warnt das Protestbündnis und fordert den Abzug aller Truppen aus Afghanistan.

Vor dem Hintergrund intensiver Kriegsführung und der Planungen zum Verbleib von westlichen Truppenstützpunkten auch über das verkündete Abzugsdatum 2014 hinaus werde die von der Bundesregierung ausgerichtete Konferenz zu einer unglaublichen Farce. Hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen würden die „Abgabe der Sicherheitsverantwortung“ an die afghanische Regierung und die Priorität für den „zivilen Aufbau“ in den Vordergrund gestellt. „Sie reden vom Frieden. Aber sie führen Krieg.“ ist die Bewertung der Protestgruppen.

Den Protesten in Bonn gehen im Herbst regionale Aktionen zum Jahrestag des Massakers durch die Bombardierung der Tanklaster bei Kunduz sowie zum 10. Jahrestag des Kriegsbegins im Oktober voraus. ■

Für Anfang Dezember lädt die Bundesregierung zu einer Afghanistan-Konferenz auf den Bonner Petersberg ein. Insgesamt über 1.000 Delegierte aus 90 Staaten werden erwartet. Die Leitung der Konferenz soll die afghanische Regierung übernehmen. Ausdrücklich wird die Konferenz als Folgekonferenz der Petersberger Konferenz von 2001 bezeichnet.

Um was ging es damals und um was geht es heute?

Als sich am 27. November 2001 die Teilnehmer der ersten Petersberger Konferenz trafen, waren gerade die Taliban besiegt und nach Pakistan vertrieben worden. Damals ging es darum, eine Übergangsregierung zu bilden, an der alle bedeutenden Volks- und Interessengruppen beteiligt sein sollten. Die Idee war gut, die Ausführung unzureichend. Bestimmend in dieser Konferenz war die gegen die Taliban siegreiche Nordallianz, nicht vertreten waren die Taliban und auch so gut wie nicht ihr traditionelles Umfeld in den paschtunischen Stämmen. Die Posten in der anschließend gebildeten Übergangsregierung wurden entsprechend vergeben.

Die Ergebnisse dieser Konferenz trugen wesentlich dazu bei, dass sich danach der Aufstand gegen internationale Truppen entwickelte und ausbreitete und die Taliban, deren Vertreibung ganz Afghanistan als Befreiung erlebt hatte, wieder zurückkehren konnten.

Heute, zehn Jahre nach der ersten Petersberger Konferenz, hat die von den Taliban dominierte Aufstandsbewegung weite Teile des Landes er-



Die Versorgungssituation in Afghanistan hat sich stark verschlechtert.
Foto: AfghanistanMatters

Bündnis gegen Petersberg II

ohne Waffenstillstand

Otmar Steinbicker



fasst. Die von US-General Petraeus verkündete Strategie, die Taliban-Führer zu töten, haben die Taliban umgedreht und mit spektakulären Anschlägen gegen prominente Regierungsvertreter demonstriert, dass sie auf diese Weise von der NATO nicht zu zerstören sind.

Für eine zweite Petersberger Konferenz steht daher die Aufgabe im Raum, den Realitäten Rechnung zu tragen und nach einer politischen Verhandlungslösung zu suchen.

Den Realitäten Rechnung tragen

Bereits im „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung vom Dezember 2010 hieß es: „Auch wenn die von den Vereinten Nationen mandatierte internationale Militärpräsenz einen entscheidenden Beitrag in Afghanistan leistet, kann der dortige Konflikt nicht allein militärisch gelöst werden. Der Weg zu einem stabilen und sicheren Staat erfordert letztlich eine ‚politische Lösung‘, einen Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs mit der Insurgenz.“ (S. 62).

Wenn man den politischen Ausgleich mit der Insurgenz will, muss man mit der Insurgenz, also den Aufständischen, sprechen und wenn man eine Konferenz zur Lösung des Afghanistankonflikts einberuft, dann muss man dorthin auch die Vertreter der Insurgenz einladen! Ob aber Vertreter der Taliban zu dieser Konferenz eingeladen werden und falls ja, ob sie auch teilnehmen werden, ist derzeit völlig offen.

Seit einigen Monaten gibt es bereits Prespekulationen über Gespräche zwischen Regierungsvertretern von NATO-Staaten und Taliban. Ernsthaftige Gespräche zwischen

Taliban-Abgesandten von Mullah Omar und ISAF-Offizieren hatte es im Juli und August vergangenen Jahres in Kabul gegeben. Sie waren durch Vermittler aus der afghanischen und deutschen Friedensbewegung zustande gekommen. Im Oktober wurden sie von ISAF abgebrochen mit der Begründung, dass nur noch über Reintegration gesprochen werden dürfe, nicht aber über Reconciliation (Versöhnung).

Wenn beide Seiten jetzt ernsthafte Gespräche mit dem Ziel aufnehmen wollen, Verhandlungen über eine Friedenslösung zu führen, dann sollten beide Seiten auch keine Zweifel an ihrer Verhandlungsbereitschaft aufkommen lassen. Ein Lackmustest wäre ein von beiden

Seiten zu vereinbarenden und einzuhaltenden Waffenstillstand, wenn nicht gleich für ganz Afghanistan, dann zumindest für eine definierte Region.

Wenn es irgendwann ernsthafte Verhandlungen über eine Friedenslösung für Afghanistan geben soll, dann braucht es auch eine Neuauflage der Petersberger-Konferenz. Ob eine solche Konferenz im Dezember ohne einen Waffenstillstand und ohne autorisierte Verhandlungsführer auf Seiten der Taliban hilfreich ist, darf bezweifelt werden. ■

Otmar Steinbicker, Herausgeber des Aachener Friedensmagazins aixpaix.de



Eine Lösung des Afghanistankonflikts geht nur über Gespräche mit Aufständischen – und damit auch der Taliban. Foto: ISAF-Media



Mit der Kamera dicht an den Menschen und ihrem Alltag.
Fotos: Ute Wagner-Oswald



Claudia Mende **Starke Frauen sichtbar machen**

Veränderung kann nur behutsam gehen – Erfahrungen der Friedensfachkraft Ute Wagner-Oswald in Afghanistan

Eigentlich wollte Ute Wagner-Oswald ja nach Südamerika. Stattdessen ist sie in Afghanistan gelandet. Im Alter von 60 Jahren wollte die Dokumentarfilmerin noch mal für längere Zeit ins Ausland gehen. Raus aus dem Medienzirkus und dem Stress einer freien Filmemacherin, die immer wieder ihre Arbeit anpreisen muss. Endlich mal mehr als nur einen flüchtigen Blick unter die Oberfläche werfen, ganz eintauchen in eine fremde Kultur. Zwar sei sie viel im Ausland gewesen, aber „immer war die Zeit zu knapp“. Diesmal wollte sie es genauer wissen.

Sie machte eine fünfmonatige Ausbildung beim Forum Ziviler Friedensdienst und hoffte auf einen Einsatz in Südamerika, doch dort war kein Bedarf für sie. Man brauche aber eine Fachkraft beim afghanischen Staatsfernsehen, hieß es. Also ging sie 2006 für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) nach Kabul. Es war ein Glücksfall für sie, denn sie konnte ihre Fähigkeiten als Journalistin mit der Tätigkeit als zivile Friedenskraft verbinden. Ute Wagner-Oswald ist keine ängstliche Natur, bei ihr überwiegt meist die Neugier und 2006 war die Sicherheitslage in Afghanistan noch nicht so angespannt wie heute. Sie schloss einen Pakt mit sich selbst. „Wenn ich länger als acht Tage Angst habe, fahre ich heim“.

Ihre Familie war nicht so begeistert, ließ sie aber gehen. Ihre Tochter war zu dem Zeitpunkt erwachsen und erwartete ihr erstes Kind, von ihrem Mann hatte sich Wagner-Oswald

getrennt. „Jetzt oder nie“, sagte sie sich. „Ich will nicht auf dem Sterbebett bereuen, dass ich etwas nicht gemacht habe“.

Starke Frauen sichtbar machen

Friedensarbeit, das hieß in ihrem Fall, Frauen sichtbar zu machen. Ihre Projekte und Initiativen ins staatliche afghanische Fernsehen zu bringen. Ute Wagner-Oswald traf auf eine Fernsehanstalt, die ihr vorkam wie ein Riese im Dornröschenschlaf. Rund 1500 Mitarbeiter hat der Sender, „lauter Altherrenrunden“, meint sie. Auf den Gängen und Fluren wurde viel Tee getrunken, im Erdgeschoss hatten die Kulissenbauer ihre Ateliers, von denen sie nie wusste, ob die Bauten jemals verwendet wurden. Eine feste Sendestructur gab es nicht, das Programm wechselte jede Woche. Der neue Intendant, Najib Roshan, hatte in Deutschland studiert. Er wollte den Sender auf Vordermann bringen und die Türen weit aufmachen. Die Produktionsbedingungen waren sehr bescheiden. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) finanzierte einen Schnittplatz, aber sie musste immer wieder improvisieren. Manchmal fuhr ihr Team mit der Kamera auf dem Fahrrad durch Kabul, weil sie kein Auto zur Verfügung hatten. Ute Wagner-Oswald betreute drei

30-Minuten-Sendungen, für die sie auch die Journalisten rekrutierte: eine Frauensendung, ein Jugendprogramm und die Reihe „Wege zum Glück“ mit Porträts von Künstlern, Behinderten und ungewöhnlichen Schicksalen, jeweils mit moderierten Magazinbeiträgen. Sie brachte Porträts von engagierten Jugendlichen, von Dichterinnen und Malerinnen – aber auch von Skateboard-Fahrerinnen und Taek Won Do-Kämpferinnen, die so gar nicht dem afghanischen Frauenbild entsprechen.

Die Grenzen journalistischer Freiheit

Ihre afghanischen Mitarbeiterinnen wollten gerne eine Modenschau in westlichen Kleidern und Beiträge mit Schminktipp. Modenschau, so ein Quatsch, dachte die Journalistin zunächst. „Für uns ist das eine Revolution“, entgegneten ihr die Afghaninnen. „Wir dürfen uns schön machen.“ Das hat sie überzeugt. Manchmal fuhren sie auch zu Dreharbeiten übers Land. Besonders haften geblieben ist ihr ein Film über eine Frau, die mitten in der afghanischen Provinz einen Schönheitssalon betreibt. Mit einem kleinen Kredit zur Existenzgründung hatte die Afghanin sich Schminkutensilien besorgt und ihr Haus eingerichtet.

Per Mausclick zu Bildung und Ausbildung und damit zur Chance auf Selbstständigkeit.
Foto: Daniel Wilkinson



Die Lehmwände waren voll mit Bildern aus iranischen Frauenmagazinen, Bilder von schönen, dunkelhaarigen Frauen in kurzen Ärmeln. Diese afghanischen Frauen, mit ihrer Kreativität und ihrem unglaublichen Überlebenswillen, „das sind für mich Friedenskräfte“, sagt die Journalistin. Mit diesem Film bekam sie aber auch die Grenzen journalistischer Freiheit zu spüren. Der Zensor, den sie vorher nicht zu Gesicht bekommen hatte, brachte Einwände gegen den Film vor. Nackte Arme und wehende Haare im Hintergrund – das war inakzeptabel. Während der Sendung ließ er es daher zum Bildausfall kommen. Man fand dann aber einen Kompromiss, die Bildertapete bekam elektronisch eine Unschärfe, der Film konnte noch mal auf Sendung gehen. Auf diesen Kompromiss konnte sich Ute Wagner-Oswald einlassen, anders wäre es gewesen, wenn der Zensor sich an der Berufstätigkeit dieser Frau gestoßen hätte, sagt sie heute. Das wäre für sie die rote Linie gewesen.

„Bollywood“ im kleinsten Dorf

Ein Jahr nach seinem Amtsantritt gab der neue Intendant entnervt wieder auf. Najib Roshan war im Sender auf zähen Widerstand gestoßen, aber er benahm sich auch „wie ein Elefant im Porzellanladen“, sagt die Friedensfachkraft. Man unterstellte ihm Geldschiebereien, was aber wohl lediglich ein Vorwand war, um ihn loszuwerden. Roshan hatte zu viele altgediente, konservative Kräfte vor den Kopf gestoßen. Danach bekam auch die Deutsche zu spüren, dass wieder der alte Wind wehte. Plötzlich wollten keine Frauen mehr bei den Modenschauen mitmachen. „In Afghanistan sagt niemand direkt, was los ist“, erklärt sie. Erst als die Modenschau abgesetzt wurde, war ihr klar, dass sich die Frauen nicht mehr trautes. Im Jugendmagazin durften Männer und Frauen nicht mehr gemeinsam moderieren und ein männlicher Moderator durfte nur noch seine Geschlechtsgenossen befragen. Die konservativen Kräfte witterten Morgenluft und schlugen zurück.

In Kabul gab es damals so gut wie keine Anschläge, die Journalistin konnte sich frei in der Stadt bewegen und durch die Souks schlendern. Angst habe sie nicht mal ansatzweise gehabt. Sie bezog zusammen mit einer Kollegin

ein Haus, kaufte Tische, Betten und Geschirr und ging auf den Märkten einkaufen. Sie wanderte durch die Souks der Metallarbeiter, der Schreiner und Stoffhändler, fasziniert vom traditionellen Handwerk, das es bei uns nicht mehr gibt. Heute wäre das zu gefährlich. Der Einfluss religiös-konservativen Denkens und damit auch der Taliban ist stärker geworden. Mit der Bundeswehr könne man sie sicher nicht zurück drängen. Für Ute Wagner-Oswald liegt eine wesentliche Ursache für den Misserfolg westlicher Politik darin, dass die westliche Lebensweise zu aggressiv propagiert wird. „Es gibt in Afghanistan ein Heer von 40 bis 50 privaten Fernsehstationen“, erzählt sie. Sie senden amerikanische Spielfilme, indische Soaps und Shows, in denen die Kandidatinnen freizügig auftreten. Über Satellitenschüssel können diese Sendungen selbst im kleinsten Dorf empfangen werden. Was dieses Fernsehen

Afghanistan und wie die Menschen selber über ihre Zukunft denken. Veränderung kann hier nur von innen kommen, aber sie braucht die behutsame Unterstützung von außen. In ihren Filmen hat Wagner-Oswald deshalb versucht, die Initiativen afghanischer Frauen zu zeigen und sie gleichzeitig als im Einklang mit der Familie darzustellen. Ihre Sendungen gibt es heute noch. Für sie ist das ein Beitrag zum Frie-



Frauen in Afghanistan: ihre Kompetenzen werden gebraucht, ihr Platz in der Gesellschaft ist umstritten. Fotos: Ben Barber (o.), Koldo Hormaza (u.)

zeigt, sei so weit weg vom Leben in Afghanistan, dass es großen Widerstand hervorrufe. Die Vorstellung, dass sich Frauen zum Beispiel einfach scheiden lassen, macht vielen einfachen Menschen Angst. „Das geht einfach zu schnell.“ Am Versuch einer forcierten Modernisierung sind schon die Russen gescheitert, als sie die Mädchen unter Polizeischutz zur Schule brachten.

Beharrliche kleine Schritte

Von sich selbst sagt die Filmemacherin, sie habe vor allem viel gelernt. Viel erfahren über

den und zur Veränderung. Wenn sie eine Frau filmte, die ein kleines Unternehmen gegründet hat, hat sie auch gezeigt, wie ihr Ehemann davon profitiert. Die Debatten über die Burka bei uns hält sie dagegen für „unangemessen aufgeblasen“. Kleidungsfragen sind für die Afghaninnen sekundär, meint sie. „Frauen in Afghanistan wünschen sich vor allem eine gute Ausbildung für ihre Kinder.“ ■

Claudia Mende studierte katholische Theologie und Politikwissenschaft und arbeitet als freie Journalistin in München.



Foto: PRO ASYL

Moralischer Bankrott – Die europäische Flüchtlingspolitik

Karl Kopp

Die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid/Tunesien war das traurige Fanal einer epochalen Entwicklung in den nordafrikanischen Staaten und weit darüber hinaus. Auf die Demokratiebestrebungen in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderswo war und ist die EU nicht vorbereitet. Europa verliert im Zuge der revolutionären Umwälzungen seine willfähigen Partner bei der Flüchtlingsbekämpfung. Die jahrelange Kooperation mit diktatorischen Regimen bei der Flüchtlingsbekämpfung und im sogenannten Krieg gegen den Terrorismus ist eine moralische Bankrotterklärung. Europa, das sich außer in Sonntagsreden nicht um Demokratie und Menschenrechte scherte, muss sich völlig neu ausrichten. Auch wenn wir heute noch nicht wissen, wer das künftige Libyen regiert und wie die Demokratisierungsprozesse in Tunesien, Ägypten und anderswo weitergehen: Die alte Geschäftsgrundlage – Geld für Diktatoren bei der Flüchtlingsabwehr, egal wie hoch der menschenrechtliche Preis ist – existiert nicht mehr. Ob Europa aus dem Scheitern seiner fatalen Flüchtlings- und Nachbarschaftspolitik lernt, ist fraglich.

Versenkte Menschenrechte

Zur Erinnerung: Im Mai 2010 feierte die EU-Grenzagentur Frontex ihr fünfjähriges Bestehen. In dieser halben Dekade sind tausende Bootsflüchtlinge auf dem Weg nach Europa gestorben und über 10.000 zwangsweise in Drittstaaten wie Libyen, Marokko, Mauretanien, die Türkei zurückverfrachtet worden. Mit der EU-Grenzagentur Frontex versucht Europa, bereits weit vor den eigenen Grenzen Flüchtlinge und Migranten abzufangen und

zurückzudrängen. Damit verschwinden die Orte der Menschenrechtsverletzungen und des Sterbens aus unserem Blickfeld. Gelangten im Jahr 2008 etwa 70.000 Bootsflüchtlinge lebend an die europäischen Küsten, so registrierte Frontex bereits 2009 nur noch knapp 45.000 Ankünfte. In den Sommermonaten 2010 war die Anzahl der ankommenden Boote so gering, dass selbst die alljährliche Berichterstattung über Flüchtlingsdramen im Mittelmeer und Atlantik weitgehend ausfiel. Die italienische Küstenwache hat allein seit Mai 2009 über 2.000 Bootsflüchtlinge in die „libysche Hölle“ zurückverwiesen. In den Auffanglagern dort kam es regelmäßig zu Misshandlungen, Vergewaltigungen, Folter und Ermordungen – so das Europäische Parlament am 17. Juni 2010. Italiens Innenminister Maroni lobte dagegen die gemeinsamen Operationen mit Libyen und sprach von einem „Modell für Europa“. Italien versenkte die Menschenrechte im Mittelmeer und die EU-Kommission, die Mitgliedsstaaten, auch Deutschland, haben geschwiegen. Statt die Regierung in Rom zu sanktionieren, verhandelte Brüssel unter Hochdruck mit Tripolis über ein „Kooperations- und Partnerschaftsabkommen“, um die Zusammenarbeit bei

der Flüchtlingsbekämpfung zu intensivieren. Jahrelang hofierten die EU und ihre Mitgliedsstaaten das Regime Gaddafi. Libyen wurde mit Schiffen, Grenzüberwachungstechnik, Leichensäcken und Geldern für Abschiebungsflüge beliefert.

Tabubruch

Die EU-Kommissarin Cecilia Malmström hat im Oktober 2010 während eines Besuchs in Tripolis ein erstes Abkommen über Migrationszusammenarbeit geschlossen. Malmström erhielt Beifall von den EU-Innenministern: Ein bisschen „Asyl“ in Libyen anstatt Schutz in Europa. Die EU wollte den libyschen Behörden beim Screening derjenigen helfen, die internationalen Schutz brauchen. Ein paar wenige Flüchtlinge könnte dann auch Europa abnehmen. Der Rest muss zurück. Alles vertraute Ideen: Als der frühere Bundesinnenminister Otto Schily 2004 sein Konzept der Flüchtlingsabwehr, „Lager in Nordafrika“, vorstellte, entbrannte allerdings noch ein Sturm der Entrüstung.

Immerhin: Die EU-Kommissarin beschrieb in ihrem Blog im Oktober 2010, dass sie nach Gesprächen mit inhaftierten Flüchtlingen in



Ein Abzweig
Richtung
Hoffnung.
Foto: noborder

ist gescheitert



Europas Menschenrechtspolitik auf dem Prüfstand:
Tausende Flüchtlinge warten auf Schutz und Aufnahme.
Fotos: BRQ

unten: Kurswechsel nötig: Solidarität statt
Stacheldraht.
Foto: noborder

Libyen sehr schlecht geschlafen habe. PRO ASYL appellierte im September 2010 an das Europäische Parlament, die klare Verurteilung Libyens vom Juni in politisches Handeln umzusetzen und die Kommission zu stoppen. Alle Kooperationen mit dem Regime im Politikfeld Flucht und Migration sollten unverzüglich eingestellt werden.

Erst am 22. Februar 2011, als Gaddafi bereits wegen seiner blutigen Niederschlagung des Aufstands international völlig isoliert war, verkündete die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, dass die Verhandlungen mit Libyen über ein so genanntes Rahmenabkommen ausgesetzt werden. Die Einsicht, dass man mit dem Diktator Gaddafi keine schmutzigen Deals machen kann, kam viel zu spät. Gaddafi wurde von Europa im wahrsten Sinne des Wortes jahrelang für die Flüchtlingsbekämpfung aufgerüstet. EU-Kommissarin Malmström streute zwar bei jeder Erklärung zu dieser „schwierigen Partnerschaft“ ein, dass die EU-Kommission die Grundrechte von Flüchtlingen und Migranten in Libyen ins Zentrum aller Bemühungen stellen möchte. Das jahrelange Anbieten an das libysche Regime verfolgte jedoch nur einen Zweck: Schutzsuchende um jeden Preis an der Weiterflucht nach Europa zu hindern.



Solidarische und menschenwürdige Aufnahme

Die EU muss den Nachbarstaaten Ägypten und Tunesien jede erdenkliche Hilfe auch im Zusammenhang mit neu ankommenden Flüchtlingen aus Libyen zukommen lassen. Das Leben Tausender in Libyen gestrandeter Transitflüchtlinge und Migrant/innen, die aus den Krisenländern Afrikas wie Eritrea, Somalia und dem Tschad, aber auch aus den südlicheren Ländern Afrikas flüchten, muss gerettet werden. Diese waren bereits vor der exzessiven Gewaltanwendung des Regimes gegen die Oppositionsbewegung „Freiwild“ in Libyen.

UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres fordert bezogen auf die über 11.000 von UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge aus Drittstaaten ein „emergency resettlement“. Die EU muss diese Transitflüchtlinge in Libyen evakuieren und in Europa aufnehmen. Deutschland sollte großzügig seinen Teil dazu beitragen. Die EU muss sicherstellen, dass die Zurückweisung und das Abdrängen von Bootsflüchtlingen aufhören. Bootsflüchtlinge haben das Recht auf eine menschenwürdige Aufnahme in einen sicheren europäischen Hafen und auf ein rechtsstaatliches Asylverfahren. Im Falle einer verstärkten Fluchtbewegung aus Libyen oder anderen nordafrikanischen Staaten sollte eine EU-weite Verteilung der neu ankommenden Schutzsuchenden nach humanitären Kriterien erfolgen. Europa verfügt über rechtliche Instrumentarien, um nach dem Prinzip der

„doppelten Freiwilligkeit“ – der Schutzsuchende und der jeweilige Aufnahmestaat stimmen zu – eine solidarische Aufnahme zu gewährleisten.

Europa kann nur dann etwas an Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen zurückgewinnen, wenn die viel zu spät erhobenen Forderungen nach Regimewechsel und Demokratisierung in Nordafrika einhergehen mit einer grundlegenden Revision der europäischen Nachbarschaftspolitik. Eine Kooperation mit diktatorischen Regimen in der Flüchtlingspolitik darf es nicht mehr geben. Diese Konsequenz und die Frage, inwieweit Europa eine menschenwürdige, solidarische Aufnahme von Bootsflüchtlingen in Zukunft gewährleistet, werden für PRO ASYL der Lackmestest sein, ob Europa zu einer menschenrechtlichen Neuausrichtung bereit ist. ■

Karl Kopp ist Europareferent von PRO ASYL. Er ist verantwortlich für die Pressearbeit im europäischen Kontext sowie für die europaweite Vernetzung von PRO ASYL mit Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Karl Kopp gehört dem Vorstand des Europäischen Flüchtlingsrates ECRE (European Council on Refugees and Exiles) an.





Robert Lindner

Arms Trade Treaty: Kurz, bündig, unverbindlich?



So handlich wie tödlich.
Foto: Control Arms

In der dritten Sitzung des UN-Vorbereitungsausschusses (PrepCom 3) zu einem internationalen Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels (Arms Trade Treaty, ATT) vom 11. bis 15. Juli in New York standen vor allem Fragen zur Implementierung auf der Tagesordnung. Gesprächsgrundlage war ein entsprechendes Arbeitspapier („Non-Paper“) des Vorsitzenden Roberto García Moritán. Es ergänzte die seit Juli 2010 erarbeiteten Dokumente zu Aufbau, Prinzipien, Regelungsumfang und Genehmigungskriterien eines ATT.

140 NRO-Vertreter/innen aus aller Welt beobachteten die Gespräche und führten Lobbygespräche am Rand der Sitzungen. Die Träger der „Control-Arms“-Kampagne, Amnesty, IANSA, Oxfam und andere, wurden diesmal von einer Gruppe von Aktivist/innen aus Albanien, Guatemala und Sri Lanka unterstützt, die selbst Opfer von Waffengewalt geworden sind und sich jetzt gegen Kleinwaffen engagieren. Ferner hatte das „Legal Response Network“ Premiere – eine Initiative erfahrener Anwälte und Völkerrechtler, die NRO und Regierungen

ehrenamtlich zu ATT-Problemen beraten. Das zum Schluss vorgelegte überarbeitete Non-Paper enthält weiterhin relativ hohe Standards zur Umsetzung eines ATT auf nationaler und internationaler Ebene (Transparenz, Berichterstattung, Kooperation) – Erfolg unter anderem der intensiven Gespräche, die NRO-Vertreter/innen mit vielen Regierungsdelegationen geführt haben.

Neue Konstellationen, problematische Positionen

Zum ersten Mal äußerten sich die fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder in einem gemeinsamen Statement zu zentralen ATT-Fragen. Darin unterstützten sie grundsätzlich den laufenden Prozess, forderten jedoch strikten Konsens bei der Beschlussfassung. Zudem solle das Abkommen möglichst einfach, kurz gefasst und leicht umsetzbar sein. Damit dürfte in erster Linie gemeint sein, dass ein ATT den einzelnen Staaten keine zu weitgehenden Vorschriften machen darf, sondern lediglich eine relativ unverbindliche Orientierungshilfe für die nationale Genehmigungspraxis darstellen sollte.

Transparenz oder Bürokratie?

Norwegens Forderung, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu einem Grundpfeiler des Abkommens zu machen, erhielt im Saal viel Zustimmung. Eine Reihe anderer Delegationen betonte jedoch, angesichts herrschender „Berichtsmüdigkeit“ sollten den Staaten möglichst wenig zusätzliche bürokratische Bürden auferlegt werden. Die EU sprach sich in diesem Zusammenhang für „schlanke“ Rüstungsexportberichte aus, und auch Deutschland plädierte dafür, die Berichtspflicht in einem



Keine Ware wie jede andere auf dem Markt.
Fotos: Control Arms

„vernünftigen Rahmen“ zu halten. Wie mit einer Absenkung von Berichtstandards jedoch die für die Transferkontrolle unabdingbare Transparenz aufrechterhalten werden soll, blieb dabei unklar.

Gemeinsamkeiten und Sollbruchstellen

Der Mainstream scheint zu einem relativ umfassenden und restriktiven Kontrollabkommen zu tendieren – ein echter Konsens über zentrale Fragen eines künftigen ATT ist jedoch nicht in Sicht. Manche Staaten lehnen es kategorisch ab, bestimmte Rüstungsgüter (Munition, Jagd- und Sportwaffen, Rüstungstechnologie) zu kontrollieren. Umstritten ist auch, ob Staaten zur Kontrolle von extraterritorialen Brokering-Aktivitäten verpflichtet werden sollen

(Deutschland und Kanada sind dagegen). Ferner gibt es vereinzelt Widerstände, Transit und Transshipment kontrollpflichtig zu machen. Gravierend ist schließlich die Weigerung einiger Staaten (u.a. Ägypten, Iran, Pakistan, Syrien), „subjektive“ Genehmigungskriterien wie Menschenrechte aufzunehmen, da somit angeblich die Gefahr von „Politisierung“ und damit von Diskriminierung durch andere Staaten drohen würde.

Die USA schwankten im Verlauf der Woche zwischen schroffer Ablehnung und vorsichtiger Unterstützung des ATT-Prozesses. Der Leiter der US-Delegation forderte, sich auf wenige

ten Aktivist/innen der Control-Arms-Koalition in einem Workshop Kampagnenideen bis zum nächsten Sommer. Denn, so die Erkenntnis aus New York: Es wird noch bedeutender Druck der Zivilgesellschaft nötig sein, um einen drohenden „Arms Trade Treaty light“ abzuwenden. ■

Eine ausführlichere Fassung dieses Artikels ist in der August-Ausgabe des DAKS-Kleinwaffen-Newsletters erschienen: http://www.rib-ev.de/page_id197/daks-kleinwaffen-newsletter/.

Weitere Links:

Arms Trade Treaty Monitor: <http://attmonitor.posterous.com/>

Arms Trade Treaty legal blog: <http://armstradetreaty.blogspot.com/>

blogspot.com/

Kampagnenbündnis Control Arms: www.controlarms.org

Mapping The Arms Trade Treaty: www.armstreaty.org

Robert Lindner ist Mitarbeiter der Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland e. V. und arbeitet dort als Politikberater für Humanitäre Hilfe und Rüstungskontrolle. Er koordiniert seit 2003 die Kampagne „Waffen unter Kontrolle!“, die gemeinsam von Amnesty International und dem Internationalen Aktions-Netzwerk gegen Kleinwaffen (IANSA) und Oxfam getragen wird. Ziel ist ein rechtlich verbindliches globales Abkommen zur Kontrolle des Handels mit konventionellen Rüstungsgütern (Arms Trade Treaty, ATT).



konsensfähige Kernelemente zu beschränken. Er führte dies nicht weiter aus, stellte aber klar, dass (Kleinwaffen-)Munition aus dem ATT ausgeklammert werden müsse.

Verhandlungs-Countdown läuft

Botschafter Moritán kündigte für die folgenden Monate Konsultationen mit einzelnen Regierungen an. Zur letzten PrepCom (13.-17. Februar 2012) soll ein neues Arbeitspapier vorliegen, das die Verhandlungsgrundlage für die Schlusskonferenz im Sommer 2012 bilden soll. Im Februar soll ferner die wichtige Frage der Beschlussfassung (Konsens- oder Mehrheitsprinzip) und der Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen festgelegt werden.

Im Anschluss an die UN-Konferenz entwickel-

pax christi-Aktivitäten zur Kampagne



Was schon läuft ...

- 26./27.08.2011 pax christi-Bistumsstelle Limburg
Seminar „Rüstungsexport“ mit Andreas Zumach (UN-Korrespondent, Genf), Nils Dubrow (Waffenanalyst, Berlin) u.a.
- 01.09.2011 pax christi-Bistumsstelle Limburg
Eröffnung der Aktion Wanderfriedenskerze im Rhein-Main-Gebiet
Dazu erscheint auch eine Gebetshilfe
- 03.09.2011 pax christi im Bistum Fulda
Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Vortrag und Diskussion mit Christine Hoffmann, Generalsekretärin pax christi Deutschland
- 29.08.2011 pax christi-Gruppe Idstein
Deutschland: Europameister beim Rüstungsexport ...“ Info-Abend mit Andreas Zumach, UN-Korrespondent, Genf mit Idsteiner Friedensinitiative, u.a.
- 30.09.2011 pax christi-Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart
Möglichkeiten zum Stoppen der Rüstungsexporte, Vortrag von Dr. Holger Rothbauer
- 15.11.2011 pax christi-Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart
Das Geschäft mit dem Tod. Deutschland Europameister bei Rüstungsexporten. **Mit Andreas Zumach** (Genf) in Hohenheim mit Ök. Hochschulgemeinde, etc.
- 03.12.2011 pax christi-Bistumsstelle Limburg
Wie grausam machen Kriege? Thementag zur „normalen Unmenschlichkeit“ des Kriegshandwerks; mit Haus am Dom u.a.

Die meisten Veranstaltungen finden in Kooperation mit der Katholischen Erwachsenenbildung oder anderen Partnern statt. Ausführlichere Infos finden sich unter <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltungstermine.69.0.html>

Lesen Sie weiter auf Seite 12



Was schon gelaufen ist ...

berichten wir auch in dieser pax zeit auf den Seiten 20 und 21, die Neues aus den Bistumsstellen berichten.

Wer noch mitmacht ...

Ökumenische Friedensdekade

6. – 16. November 2011

Die diesjährige Ökumenische Friedensdekade steht unter dem Motto „Gier. Macht. Krieg.“ Und unterstützt die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ in vielfältiger Weise. Die Dekade ruft nicht nur zum Sammeln von Unterschriften für die Kampagnen-Forderung zur Klarstellung im Grundgesetz auf. Viele der Materialien, Gebete und Gottesdienstvorschläge sind auch genau passend und können gut im Rahmen unserer Kampagne gegen Rüstungsexporte eingesetzt werden.

Mehr unter: www.friedensdekade.de

Mitmachen ...

10.12.2011 Politisches Nachtgebet am Tag der Menschenrechte

Den Tag der Menschenrechte, an dem die Gemeinsame Konferenzen für Entwicklung und Frieden (GKKE) jetzt schon traditionell ihren „GKKE-Rüstungsexportbericht“ veröffentlicht, empfehlen wir insbesondere als Tag für Gottesdienste zum Thema „Rüstungsexporte stoppen“ zu nutzen.

Eine Gebetshilfe stellen wir im November auf der Kampagnenhomepage www.aufschrei-waffenhandel.de zur Verfügung.

26.02.2012 Kampagnentag

Den 26. Februar wollen wir in den Jahren 2012 und 2013 als Kampagnentage nutzen. Warum gerade den? Der 26.02. bietet sich an, weil die Klarstellung im Grundgesetz, die die Kampagne anstrebt, sich auf Artikel 26.2 bezieht. Diese Vorliebe für Zahlenspiele bei wichtigen Mitgliedern im Kampagnenrat war auch bereits der Hintergrund für die Entscheidung, uns das Ziel zu setzen, 262.000 Unterschriften für die Forderung nach der Klarstellung in GG Art 26.2 zu sammeln.

Wir würden uns freuen, wenn viele Gruppen gerade an diesen Tag Infoabende veranstalten, Pressemitteilungen zu Kampagnenthemen veröffentlichen, Mahnwachen vor den Toren von Rüstungsfirmen durchführen oder anderweitig öffentliche Aufmerksamkeit für die Kampagne schaffen. ■



Holger Rothbauer



Zurück zum Geist des Grundgesetz

Klarstellung von Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes

Mit der Klarstellung des Grundgesetzes will die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ erreichen, dass die Exekutive in ihrer bislang unkontrollierten Genehmigungsbefugnis beschränkt bzw. an die Vorgaben der Verfassung mit ihrem grundsätzlichen Verbot gebunden wird und dem Bundestag als Legislative wieder mehr Einfluss eingeräumt wird.

Die Aufnahme eines möglichst weitgehenden Rüstungsexportverbots in den Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes ist nur durch eine Klarstellung möglich, denn:

1. Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes ist im Kontext des allgemeinen Friedensgebotes der Präambel des Grundgesetzes und der Verfassungswidrigkeit von friedensstörenden Handlungen (Artikel 26, Absatz 1) auszulegen. An die heutige Dimension von Waffen- und Rüstungsexporten aus Deutschland haben die Verfasser des Grundgesetzes 1949 nicht gedacht, weil dies kurz nach dem Krieg we-

der vorstellbar noch gewollt war. Damit ist unsere Forderung, den Satz „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert“ in Artikel 26, Absatz 2 zu ergänzen, nur eine Klarstellung dessen, was die Verfasser des Grundgesetzes ursprünglich gemeint haben.

2. Das Wort grundsätzlich und der angeschlossene Satz „Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz“ ist dem Umstand geschuldet, dass durch höherrangiges EU-Recht bestimmte rüstungsrelevante Lieferungen innerhalb der EU nicht mehr durch nationales Recht beschränkbar sind. Nur diese und wenige andere Ausnahmen des Exportverbotes müssen durch den Gesetzgeber neu in einem Rüstungsexportgesetz geregelt werden. Dort muss dann genau umgekehrt zur jetzigen Praxis der Grundsatz herrschen: Alles ist verboten, außer es wird ausnahmsweise oder wegen höherrangigen EU-Rechts genehmigt.

3. Der erste Satz des Artikel 26, Absatz 2 Grundgesetz bleibt bestehen. Jedoch wird der sich daran anschließende Satz „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“ dahingehend klargestellt, dass es sich dabei einzig um das Kriegswaffenkontrollgesetz handelt. Der damalige Verteidigungsminister Strauß war die treibende Kraft dafür, dass 1961 ein Systembruch stattfand, indem trotz der Vorgabe „regelt ein Bundesgesetz“ de facto zwei Gesetze gemacht wurden: Für die Produktion und den Transport von Kriegswaffen und Rüstungsgütern innerhalb Deutschlands wurde das sehr strenge Kriegswaffenkontrollgesetz erlassen und für den Export der gleichen Güter das sehr laxe und dem freien Welthandel dienende Außenwirtschaftsgesetz. ■



Mit vielen Aktionen gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany.
Foto: Campact

Holger Rothbauer ist Rechtsanwalt und seit den 80er Jahren mit pax christi gegen Rüstungsexporte engagiert.



Präsidiumsnotizen

Die Vorbereitung der Delegiertenversammlung am 28.-30. Oktober 2011 in Fulda stand im Mittelpunkt der Sommersitzung des Präsidiums.

Ob Bundeswehrreform, Aussetzung der Wehrpflicht oder die wiederholte Verlängerung des Afghanistan-Mandats: der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fehlt es am zivilgesellschaftlichen Diskurs. pax christi ist als Bewegung ein Ort, von dem Impulse für die Verbreiterung dieses öffentlichen Dialogs ausgehen können. Dafür organisieren wir am Samstagnachmittag der DV das Gespräch mit Gästen aus Politik und Kirche, die mit uns die deutsche Außenpolitik unter friedensethischem Blickwinkel auf den Prüfstand stellen.

Auch soll es diesmal wieder eine Agora für den Austausch über die Arbeit der Kommissionen geben. Von geplanten Anträgen haben wir bisher erst aus der vom Präsidium eingerichteten AG zur Rüstungsexportkampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ erfahren.

Die Juni-Sitzung des Präsidiums war wie üblich dreitägig – anderthalb Tage davon verbrachte das Präsidium in gemeinsamen Beratungen

mit Delegierten der Kommissionen. Die inhaltliche Arbeit der Kommissionen ist zurzeit sehr breit gefächert und bringt interessante Höhepunkte hervor. Dazu gehörte die Tagung „Unversöhntes Ruanda?“ der Kommission Zentralafrika; die neu geschaffenen Einsatzplätze für Freiwillige, die ein Jahr für den Frieden in Partnerprojekten des Solidaritätsfonds Eine Welt machen; dazu gehören die Stellungnahmen der Nahostkommission, der Offene Brief der Kommission Friedenspolitik zur Reform der Bundeswehr und der Studientag „Wirtschaft verstehen“ der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“. Bereits im April zog das Präsidium eine Webdesignerin zu Rate, um Perspektiven für die Weiterentwicklung des pax christi-Internetauftritts zu entwickeln. In diesem Sinne wird auch im September weitergedacht. Klarheit in Bezug auf die schriftlichen und grafischen Elemente soll geschaffen werden. Vielleicht lässt sich der visuelle Auftritt noch stärker mit den inhaltlichen Aussagen verknüpfen und zeit- oder gar zukunftsgemäßer machen – wir werden berichten. //

Christine Hoffmann



Nachrichten aus den Kommissionen

Nahostkommission begrüßt Versöhnungsabkommen

Die Kommission begrüßte am 10. Mai die Versöhnungs-Übereinkunft von Fatah, Hamas und weiteren elf palästinensischen Parteien und forderte die Bundesregierung auf, die Dialogverweigerung zu beenden und freie Wahlen zu unterstützen. Die Einigung biete Israel einen Gewaltverzicht und eine Friedenslösung auf der Grundlage der UN-Resolutionen 242 und 194 an. Es gehe darum, aus den Fehlern auch der europäischen Politik zu lernen, Wahlen in Palästina zu unterstützen und deren Ergebnis zu respektieren. Der neue Schritt geschehe unter dem Einfluss des Wandels in der arabischen Welt und der Demonstrationen von Zehntausenden von Menschen, darunter viele junge Leute, im März in Gaza-Stadt und in vielen Orten des Westjordanlandes für die palästinensische Einheit.

Kommission Friedenspolitik fordert Waffenstillstand in Libyen

Am 25. Juli forderte die Kommission die Bundesregierung auf, die Zeit des deutschen Vorsitzes im Weltsicherheitsrat zu nutzen und eine diplomatische Lösung vorzubereiten. Ziele dieser Initiative sollten das Ende der NATO-Luftangriffe, die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien und ein Waffenstillstand in Libyen sein. Dies sei die einzige Möglichkeit, den Schutz der libyschen Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Dagegen setze die „Libyen-Kontaktgruppe“ augenscheinlich auf den militärischen Sieg der Rebellen und nehme immer mehr Opfer in Kauf. Krieg dürfe aus friedensethischer Perspektive jedoch niemals ein Mittel der Politik sein.

Zusammenstellung: Odilo Metzler



Osama bin Laden ist tot – Ist jetzt der Terror zu Ende?

In der letzten Ausgabe haben wir gemeinsam mit der Geistlichen Beirätin aus Münster, Veronika Hüning, ein Experiment gewagt und die Leser/innen der pax zeit im Geistlichen Wort eingeladen, uns ihre Gedanken zur Tötung Osama Bin Ladens mitzuteilen. Hier dokumentieren wir diese eindringlichen Reflexionen.

Auch ich war und bin bewegt. Danke für die Idee!
Aus Mord wird Raubmord. Es ist furchtbar: Ein Mensch wird aus Furcht nicht aufgebahrt! Im Rausch der Angst, in der Gier nach Besitz werden die letzten Grenzen des Anstands überschritten.

Die Angehörigen, die, denen der Tote gehört, wurden ihrer Leiche beraubt.

Statt Totenruhe keimt neue Wut auf.

Cornelia Furtwängler, Maselheim

So wie der Hund immer wieder den Hund zeugt, so zeugt Blut immer wieder Blut, Hass immer nur neuen Hass.

Die Welt ist nicht so schlecht wie sie ist, weil es so viele schlechte Menschen gibt, sondern weil es so viele „gute“ Bedenkenträger gibt, die das Gute besser nicht unterstützen.

Karl-Heinz Wrocklage, Nettingen

Das Zitat von Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda, hat mich nachdenklich gestimmt. „Es dürfen nicht noch mehr Menschen geopfert werden in der Annahme, militärisches Durchhalten könne das Land mit der Zeit soweit stabilisieren, dass die alliierten Truppen dann abgezogen werden können ... wer den Einsatz in Afghanistan Krieg

nennt, muss auch den Mut haben, diesen Krieg umgehend zu beenden. Afghanistan braucht Frieden“.

Nicht nur Afghanistan wartet auf den Frieden. Frieden brauchen auch Irak, Ägypten, Libyen und Palästina und Israel. Die Waffenruhe soll dort halten, und die Flüchtlinge müssen in ihre Heimat ziehen. Sie werden schmerzlich sich auf den Weg in ihre Dörfer machen. Sie werden in die Trümmerreste zurückkehren, in ihre Heimat, um dort leben zu können.

Andrej Kolodziejczyk, Warschau

Osama bin Laden ist tot – Ist jetzt der Terror zu Ende? „Das war die gerechte Strafe.“ „Jetzt ist der Gerechtigkeit Genüge getan.“ und: „Jetzt ist die Gerechtigkeit wiederhergestellt.“ Wirklich?

Ich bin auch froh, dass der vielleicht gefährlichste Terrorist unserer Zeit ausgeschaltet ist. Aber ich weiß nicht, ob dadurch unsere Welt sicherer geworden ist. Die Kirche hat immer schon den Grundsatz vertreten, dass ein „Tyrannenmord“ in einem extremen Fall erlaubt ist, wenn nicht anders ein großes Unheil und der Tod von vielen Menschen vermieden werden kann. Darum haben die Menschen des 20. Juli 1944 bei dem Attentat auf Hitler lange gerungen, ob ihr Anschlag gerechtfertigt sei. Osama Bin Laden war ein Tyrann. Fast 3.000 Tote beim 11. September 2001 und wahrscheinlich noch mehr als 1.000 weitere Opfer bei anderen Anschlägen gehen auf ihn und seine Helfer zurück.

Bei der Todesnachricht haben viele Amerikaner auf den Straßen getanzt und gefeiert. Am 11. September 2001 gab es ähnliche Bilder aus der arabischen Welt (freilich waren einige Szenen bewusst gefälscht). Bei den vielen kurzsichtigen Triumph- und Jubelreden von Politikern in diesen Tagen fand ich die nachdenklichen Stellungnahmen der evangelischen und katholischen Kirche als wohltuend.

Was ging denn alles dem „Krieg gegen den Terror“ voraus? In Afghanistan sind nach Schätzungen im Zusammenhang mit diesem Krieg 25.000 Menschen umgekommen.

Im Irakkrieg werden die durch den Krieg Getöteten auf 600.000 bis eine Million geschätzt.

Nach der Weltgesundheitsorganisation sind darunter 151.000 Zivilisten und 5.000 US-Soldaten gewesen. Wir sollten hier aber auch noch die vielen Millionen Menschen dazunehmen, die deshalb elend sterben, weil ihnen eine egoistische Politik vieler reicher Länder Nahrung und medizinische Versorgung verweigert. Große Pharmaunternehmen,



Kriege nehmen Menschen ihre Heimat. Nur Frieden öffnet den Weg zurück.
Foto: AfghanistanMatters



Nur Versöhnung und Dialog weisen in eine Zukunft ohne Terrorismus.
Foto: nanila

denen die Dividenden für die Aktionäre wichtiger sind, als zum Beispiel preisgünstige Medikamente gegen AIDS oder andere Krankheiten, haben bedeutend mehr Tote auf ihrem Gewissen, als viele Terroristen zusammen. Darüber schweigen unsere Medien.

Angesichts dieser Tatsachen wünsche ich mir

- eine Politik, die intelligent ist, neue Wege findet und begreift, dass Gewalt und Terror fast nie mit Gewalt besiegt werden kann. (Vgl. Jesus Sirach 20,4: „Wer der Gerechtigkeit mit Gewalt zum Sieg verhelfen will, gleicht dem Eunuchen, der bei der Jungfrau nächtigt.“) Wir sollten auch einmal die Terroropfer und die Opfer im Krieg gegen den Terror vergleichen.

- Ich wünsche mir auch einen weiten umfassenden Blick, der nicht nur die Opfer sieht, welche in den Medien dargestellt werden. Vielleicht spürt man dann auch, dass nicht nur diejenigen Terroristen sind, die eine Bombe basteln und mit Maschinengewehren Menschen umbringen, sondern vielleicht auch Wirtschaftsleute im Nadelstreifenanzug, die Geld- und Wirtschaftspolitik so gestalten, dass Millionen Menschen zu Grunde gehen.

Ein Letztes möchte ich noch anfügen:

Durch sein Verhalten hat Osama bin Laden die Menschenwürde vieler grausam mit Füßen getreten. Nach christlichem Verständnis verliert er aber dadurch seine Menschenwürde nicht. Darum habe ich mich gar nicht gut gefühlt bei manchen Berichten, Stellungnahmen, Jubelfeiern und die Art, wie man seinen Leichnam „entsorgte“. Rache und Schadenfreude passen nicht zu dem, was Jesus uns gelehrt hat.

Schalom und Salam

Bernhard Pfaff, Pfarrer

Ihr habt uns aufgefordert, unsere Gedanken zum Tod von Osama Bin Laden mitzuteilen. Mir fällt zu diesem Thema eine ganze Menge ein. Es war nach allem, was ich gehört habe, ein glatter Mord, von Staats wegen in einem fremden Land ausgeführt. Es gab keinen ernsthaften Versuch der Gegenwehr. Bin Laden war zweifellos ein Anhänger der Gewalt in unserer mit Gewalt bis zum Platzen gefüllten Welt; er hat den 11. September und andere schlimme Taten zumindest gebilligt. Dass er sie selbst geplant hat, konnte ihm nicht nachgewiesen werden; er selbst hat jeden Zusammenhang zunächst (mit Bedauern) geleugnet. Die Menschen, die ihn umgebracht haben oder umbringen ließen, sind

um keinen Deut besser als er. Sie haben das Übel vergrößert. Du hast in Deinem kurzen Beitrag die richtigen Worte gefunden: Nur Licht kann Dunkelheit vertreiben. Diese Dunkelheit ist nicht in bestimmten Menschen konzentriert; jeder von uns ist gefährdet. „Durch Gewalt kann man vielleicht den Hassenden ermorden, aber man kann nicht den Hass töten.“

Mir fällt dazu ein Taizé-Lied ein:

Christus, dein Licht verklärt unsere Schatten.

Lasse nicht zu, dass das Dunkel zu uns spricht.

Christus, dein Licht erstrahlt auf der Erde, und du sagst uns: Auch ihr seid das Licht.

*Jésus le Christ, lumi`ere int`erieure,
ne laisse pas mes t`en`ebres me parler
Jésus le Christ, lumi`ere int`erieure,
donne-moi d`accueillir ton amour.*

Jost, Eschenburg Augsburg

So entschieden ich das verurteile, was durch Osama bin Laden Tausenden von Menschen von Unschuldigen und ihren Familien und Angehörigen angetan worden ist und die Welt beinahe an einen globalen Krieg herangeführt hat, so sehr muss aber auch die Weltgemeinschaft sich von den Gedanken von Rache und Vergeltung distanzieren; denn durch diese Denk- und Vorgehensweise wird der Kreislauf von Gewalt und Terror nur noch schneller in Kraft gesetzt. Jedes Menschenleben zählt, ohne Achtung der Person, der Religion und Herkunft! Welche Kraft und welche Ressourcen setzt die Menschheit sonst ein, um Leben zu ermöglichen zu bewahren, zu schützen, zu hegen und zu pflegen!

Was die Weltgemeinschaft braucht und was sie human und ethisch auf gutem Weg ausweist und zukunftsweisend macht, sind der Abbau von Misstrauen und von Vorurteilen, das Ebenen der Wege zwischen Armen und Reichen und ein Ende einer brutalen und gemeinen globalen Denk- und Herrschaftsweise, die nur den Reichen Teilhabe an den Ressourcen dieser Welt zugesteht.

Wege von Gerechtigkeit, Wege zu Frieden, Wege im Prozess zivilen Dialogs und die gemeinsame Verantwortung für diese Eine Welt weisen versprechend in die Zukunft und verringern die Risiken lokalen und globalen Terrorismus.

Josef Kolbeck, Gau-Algesheim

Ich denke, dass die Tötung von Bin Laden der US-Innenpolitik geschuldet ist. Sie ist gesetzwidrig und wird weiter den Hass und somit die Gewalt nähren. Wenn die hehre Rede von Menschenrechten seitens der USA glaubwürdig sein sollte, hätte sie Bin Laden vor ein ordentliches Gericht stellen müssen. Ob dann für die US-Politik etwas Peinliches herausgekommen wäre?

Ich bezweifle übrigens die offizielle Darstellung des 11. September 2001.
Winfried Belz, Wilhelmsfeld



Foto: Martina Waiblinger

Abdallah Abu Rahma

Friedlich bleiben im Widerstand

Über seinen Rechtsanwalt hat Abdallah Abu Rahma, Menschenrechtsverteidiger aus dem Dorf Bilin bei Ramallah, in israelischer Haft erfahren, dass in Deutschland und Frankreich Solidarität bekundet wurde. Auch pax christi hatte sich für seine Freilassung eingesetzt. „Das hat mein Leiden gemindert. Aber im Allgemeinen gibt es einen großen Mangel an Unterstützung.“ Viele andere gewaltlose Menschenrechtsverteidiger sind im Gefängnis. „Ich habe manche Briefe 100 mal gelesen“, sagte er nach seiner Freilassung in Deutschland. Abdallah Abu Rahma berichtete auf der Nahost-Tagung der Deutschen Sektion zum Kairos-Dokument in Bad Boll und bei Vorträgen in Berlin und München.

Über 300 Kinder unter 18 Jahren leiden in den israelischen Militärgefängnissen unter den harten Bedingungen. 40 Frauen in den Gefängnissen haben dort ihre Kinder geboren. Die Babys bleiben zwei Jahre bei der Mutter und werden dann von der Mutter getrennt. Ca. 130 ältere Gefangene haben zzt. bereits bis zu 34 Jahre im Gefängnis verbracht. Es gibt auch viele Kranke, die keine adäquaten Medikamente bekommen. 200 sind gestorben. Ca. 300 sind ohne Grund inhaftiert, in Administrativhaft. Manche sind bereits vier oder fünf Jahre in Haft ohne, dass es ein Urteil über sie gibt. Einzelhaft gibt es für Führer wie Marwan Baghouti und Achmad Saadat. Dann gibt es Gefangene aus Gaza, deren Eltern sie nicht besuchen können.

Mit dem Widerstand wächst die Repression

Ab 2009 begann die Aktivität gegen die Mauer stärker zu werden. Deswegen haben die Angriffe gegen die Aktivist/innen zugenommen.



Soldaten demonstrieren ihre Macht auch in Gegenwart von Kindern und Jugendlichen.
Foto: ISM Palestine

Dadurch, dass wir starke Unterstützung durch die Weltöffentlichkeit haben, wird die Repression noch stärker. Über 500 Mitglieder der Komitees gegen die Mauer wurden verhaftet, rund 100 Einwohner von Bilin wurden verhaftet und haben das gleiche erlitten wie ich. 2009 wurde mein Haus vom Militär gestürmt und verwüstet. Ich war damals nicht da. Alle, die mein Haus verteidigen wollten, wurden ebenfalls angegriffen.

Der Anblick der schwarz angemalten Soldaten bleibt bei den Kindern lange im Gedächtnis. Wir lebten im B-Gebiet (israelisch-palästinensisch verwaltet) und sind nach Ramallah ins A-Gebiet umgezogen, um den Übergriffen zu entgehen. Aber dort wurde ich trotzdem verhaftet, die Hände gefesselt, die Augen verbunden vor den Augen meiner Kinder.



Gewalt und Willkür

Ich wurde am 10. Dezember 2009 verhaftet, genau ein Jahr nachdem ich die Ossietzky-Medaille in Berlin bekommen hatte. Man wollte sich an euch und mir rächen. Ich wurde zu einem Jahr Haft verurteilt und an dem Tag als ich freigelassen werden sollte und meine Familie auf mich wartete und ich mit meinen Nerven am Ende war, bekam ich noch mal vier Monate dazu. Dann sollte ich am 13. März 2011 frei kommen, aber dann geschah es einen Tag später, um noch einmal auf meinen Nerven rumzutampeln. Normalerweise sollte ich zweimal im Monat Besuch bekommen. Ich habe in der ganzen Zeit einmal von der Familie Besuch bekommen. Manchmal war ich in einer Einzelzelle. Am Anfang waren wir in Zelten untergebracht. Wir litten unter Kälte und bei Wärme unter Insekten. Später kamen wir in Räume, 30 Quadratmeter für zehn Personen. Winzig kleine Betten, auf denen man sich nicht ausstrecken konnte. Auch das Essen war von schlechter Qualität. Am schlimmsten waren die „Überraschungsbesuche“ in unserem Haus. Vor der Inhaftierung hat die Armee immer wie-

Alt und Jung vereint im friedvollen Widerstand.
Foto: Synne Tonidas

der unser Haus überfallen. Jetzt dachten wir, dass wir Ruhe haben, aber die Angriffe gegen uns gingen weiter. Man hat uns geschlagen, unsere Kleider zerstört, Bücher weggenommen oder was wir geschrieben hatten. Aber egal wie ich es beschreibe, ich kann nicht alles darstellen. Trotzdem sage ich, was ich bezahlt habe, ist ein niedriger Preis. Er kann mich nicht abschrecken weiter zu leiden, solange wir überzeugt sind, dass wir uns für unser Volk einsetzen.

Der Zusammenhalt wächst

Was wir anstreben ist, dass der friedliche Widerstand sich in ganz Palästina verbreitet. Vor acht Jahren haben wir an drei, vier Stellen angefangen. Jetzt gibt es ca. 20 Orte, die friedlich demonstrieren. Wir leiden an vielen schlimmen Zuständen, Trennmauern, Barrieren, Siedlungen, illegalen Straßen, Gefängnissen, viele dürfen nicht an die heiligen Stätten gehen, und wir sehen vor allem nicht, dass Israel Frieden will und deshalb müssen wir mit dem friedlichen Widerstand weiter machen.

Unsere Arbeit beschränkt sich nicht nur auf Bilin. Wir wollen die Arbeit anderer Stellen unterstützen, damit sie den gleichen Widerstand leisten und diesen Widerstand bis Gaza bringen. Mit anderen Organisationen zusammen haben wir in Gaza ein Boot gekauft, die Oliva, die palästinensische Fischer vor Übergriffen durch die israelischen Seestreitkräfte schützen soll. Wir streben mehr internationale Solidarität an. Ich habe dazu Frankreich, Italien, Tschechien und Deutschland besucht.

Die Komitees genießen den Respekt aller palästinensischen Parteien. Vom ersten Moment an war unser Slogan: Kampf der Besatzung und für die nationale Einigung, die Aufhebung

der Trennung zwischen Gaza und Westbank. So waren wir über die Versöhnung von Fatah und Hamas sehr glücklich und haben unsere Freude durch Demonstrationen zum Ausdruck gebracht. Nutznießer der Trennung war nur Israel. An den friedlichen Volkswiderständen gegen die Besatzung beteiligen sich alle, Kinder und Frauen und Alte. Wir waren sehr glücklich zu sehen, dass die Araber in den anderen Ländern unser gewaltloses Beispiel aufgegriffen haben und auch Erfolg haben mit diesem. Unsere Bewegung hat das Ziel, die Menschenrechte zu verwirklichen. Der Sieg in Ägypten und Tunis gilt für uns auch als Erfolg. Wenn die Regierenden dort neu gewählt sind, sind wir voller Hoffnung, dass diese Druck auf Israel ausüben. Diese Bewegung haben wir am 15. Mai erlebt. Die palästinensischen Flüchtlinge in fast allen Ländern haben versucht, die Grenze zu Israel zu überschreiten, um friedlich zu zeigen, dass sie zurück wollen.

Druck auf Israel ausüben

Die Anerkennung des Staates Palästina im September ist wichtig. Es gibt Anzeichen in EU Staaten für die Anerkennung Palästinas. Unsere Besuche zielen darauf ab, z.B. durch Kampagnen in Italien, dass sie unseren Staat anerkennen. Ich hoffe, dass Sie auch Druck auf ihre Regierung ausüben, damit sie unseren Staat anerkennen. Man kann auch Druck auf Israel ausüben durch Boykott und Stopp von Investitionen. Es gibt bei uns ein Sprichwort: Unterstütze deinen Bruder sei er im Recht oder im Unrecht. Das muss erklärt werden. Es bedeutet: Hilf ihm, damit er aus dem Unrecht zurückkehrt. Ich weiß, wie tief die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sind. Sie müssen Israel unterstützen, damit es aufhört,



Stolz auf den gewaltfreien Protest in 20 Orten.
Foto: ISM Palestine

die Palästinenser/innen zu unterdrücken. Wir sind bereit, Israel Frieden zu gewähren. Wenn Deutschland weiterhin Israel durch Waffen unterstützt, hilft man in diesem Falle Israel nicht. ■

Nach einem Vortrag von Abdallah Abu Rahma, aufgezeichnet von röm.



Termin

10. Dezember 2011

500 Jahre Verteidigung der Indios

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, plant die pax christi-Kommission Solidaritätsfonds Eine Welt mit und bei den Dominikanern in Düsseldorf eine Veranstaltung zur Erinnerung an die flammende Predigt des spanischen Dominikanerpaters Antonio Montesino in Santo Domingo am 21.12.1511 zur Verteidigung der Rechte der versklavten Indios. Es geht um die andauernde Unterdrückung der indigenen Völker.

Informationen: www.paxchristi.de



„Hilf deinem Bruder, damit er aus dem Unrecht zurückkehrt.“

Foto: jillylovesdurham



„Die Falle des grünen Kapitalismus“

Der ATTAC-Kongress „Jenseits des Wachstums!?“ in Berlin setzt ein Signal

Bruno Kern



Die indische Umweltaktivistin und Mitglied des Club of Rome Vandana Shiva.
Foto: Fiona Krakenbürger

Das das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC ausdrücklich die Auseinandersetzung um das Wachstumsthema führt, ist ein Zeichen der theoretischen Stärke und Lebendigkeit dieser Bewegung. In der praktischen Arbeit drängte sich mehr und mehr die Einsicht auf, dass die Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte einer Therapie der Symptome gleichkommen. Der Zwang zur Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufe, der immer deutlicher an seine immanenten und externen (physikalischen) Grenzen stößt, ist die eigentliche Krankheitsursache. ATTAC hat sich dieser Diagnose mutig und fachkundig gestellt.

Die erfreuliche Resonanz auf den Kongress – 2500 Teilnehmer/innen besuchten die etwa siebzig Veranstaltungen – zeigt, wie sehr damit der Nerv getroffen wurde. Überwiegend junges Publikum dominierte den Kongress. Die starke internationale Beteiligung hatte insbesondere für Deutschland Signalwirkung. Anderswo in Europa ist die Décroissance- oder Degrowth-Bewegung bereits ein unübersehbarer Bestandteil sozialer Bewegungen.

Vergleichbares lässt sich in Deutschland noch nicht beobachten.

Der Mythos der Entkoppelung

Neben der indischen Umweltaktivistin Vandana Shiva war es vor allem der ehemalige ecuadorianische Umweltminister Alberto Acosta, der einige entscheidende Steilvorlagen lieferte. Das sogenannte „grüne Wachstum“, das heißt die Fortschreibung der kapitalistischen Wachstumslogik mit anderen, angeblich umweltschonenden Mitteln, entlarvte er gründlich als einen „Alptraum“ bzw. als eine Falle. Auffallend war, wie sehr die Vertreter/innen des sogenannten „Green New Deal“, obwohl prominent vertreten, in die Defensive gerieten. Ihre Illusionen von einem Wachstum, das man vom Ressourcen- und Energieverbrauch entkoppeln könne, hielten keiner näheren Überprüfung stand. Eine der zentralen Podiumsveranstaltungen widmete sich explizit der Frage nach der Möglichkeit dieser „Entkoppelung“. Der britische Ökonom Tim Jackson – ohne Zweifel der prominenteste Teilnehmer an diesem Podium – hat in seinem Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ diesen „Mythos der Entkoppelung“ gründlich entlarvt. Er nennt das Setzen auf die kapitalistische Effizienz „schlichtweg eine Wahnvorstellung“ und zeigt auf, dass nicht einmal eine relative Entkoppelung stattfindet, geschweige denn eine, die das BIP-Wachstum wettmacht. Doch selbst mit dieser „absoluten Entkoppelung“ wäre noch nichts gewonnen, geht es doch um eine nötige Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs um 90 Prozent! Sachkundig wurde aufgezeigt, wie gering die Spielräume technischer Effizienz tatsächlich sind, dass hier in den OECD-Ländern seit etwa 1990 eine Stagnation zu verzeichnen ist: Kein Wunder, unterliegt die Energie- und Ressourceneffizienz doch dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens, das

heißt, frühere diesbezügliche Fortschritte können nicht einfach linear in die Zukunft extrapoliert werden. So zeigt sich, dass in Deutschland im Zeitraum von 1990 bis 2008 lediglich ein Effizienzfortschritt von 40 Prozent zu verzeichnen war, wobei der Sonderfaktor des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft den größten Anteil daran hat. Die detaillierteste Studie, an der Universität Montreal erstellt, rechnet weltweit auszuschöpfende Effizienzpotenziale von 250 bis 320 Prozent bis zum Jahr 2100 hoch! Das alles ist also



Niko Paech plädierte für Solidarstrukturen von unten.
Foto: Philipp Müller

meilenweit entfernt von den Faktor-4, -5 oder gar -10-Rechnungen eines Ernst Ulrich von Weizsäcker und anderer Hofpropheten eines grünen Kapitalismus. Ebenso klar arbeiteten die Podiumsteilnehmer das begrenzte Potenzial der erneuerbaren Energien heraus. Eine wesentlich geringere Energiedichte und damit ein wesentlich geringerer Energieerntefaktor dieser Energieformen lassen es nicht zu, das heutige Verbrauchsniveau aufrechtzuerhalten. Doch was folgt aus diesem Befund? Dass unter den Bedingungen von deutlich knapperen Ressourcen und von deutlich weniger Energie die



Organisation einer solidarischen Gesellschaft nicht mehr innerhalb des kapitalistischen Systems gelingen kann – diese Konsequenz klar auszusprechen blieb dem Vertreter der „Initiative Ökosozialismus“ auf dem Podium vorbehalten.

„Daseinsmächtigkeit“ zurückgewinnen

Einen Gewinn für den Kongress stellte ohne Zweifel die Beteiligung des in Deutschland zurzeit führenden Postwachstumsökonomen, Niko Paech, dar. Der Oldenburger Wirtschaftswissenschaftler hat gerade deshalb in Deutschland für einiges Aufsehen gesorgt, weil er keiner „linken“ Denkschule angehört und deshalb mit seiner fundierten Wachstumskritik gerade das bürgerliche Lager stark verunsichert. Dabei grenzt er sich deutlich von jenen Wachstumsskeptikern konservativer Provenienz ab, denen es lediglich darum geht, eine Sparsamkeitspolitik altbekannten Musters durchzusetzen. Der Industrialismus als solcher steht zur Disposition. Die Strategie, auf die er setzt, ist es, dem Kapitalismus dadurch den Rücken zuzukehren, dass man sich zunehmend von ihm emanzipiert, immer mehr Bereiche dem kapitalistischen Verwertungsprozess entzieht und wieder in die autonome Gestaltung des eigenen Daseins einbezieht. „Daseinsmächtigkeit“ zurückzugewinnen und dadurch die Abhängigkeit von der Fremdversorgung zu verringern: Darauf käme es jetzt an. Niko Paech plädiert für eine Halbierung der Lohnarbeitszeit. Die so gewonnene Lebenszeit kann zur eigenständigen Organisation der wesentlichen Lebensbedürfnisse genutzt werden. Niko Paech setzt seine Hoffnungen auf „Bottom-up“-Ansätze wie etwa die Transitiontown-Bewegung, in denen Menschen Solidarstrukturen von unten aufbauen, um sich mehr und mehr vom kapitalistischen Verwertungszwang zu emanzipieren.

Diese Wachstumskritik ist zugleich eine radikale Konsumkritik. Es geht um „Entrümpelung“ und darum, welchen Wohlstand, insbesondere in Form von echter Lebenszeit, wir gewinnen, wenn wir den Verwertungs- und Konsumimperativen des Kapitals den Gehorsam verweigern.



„Der Vorhang fällt und viele Fragen offen.“
Foto: Attac Deutschland

Verharren in alten Positionen

Die Grenzen und Defizite des Kongresses zeigten sich darin, welche zentralen Debatten nicht geführt wurden, darin, dass man viele Ansätze nebeneinander stehen ließ und eben nicht aufeinander bezog, und darin, dass viele nicht in der Lage waren, ihre eingeübten Politikstile tatsächlich von den Grenzen des Wachstums herausfordern zu lassen. Viel zu kurz kam auf dem Kongress eine radikale Industrialismuskritik. Enttäuschend war, dass der längst überfälligen Suffizienzdebatte kaum Raum gegeben wurde. Aus dem Befund, dass das Niveau des materiellen „Wohlstandes“ wesentlich niedriger sein wird, folgt ja die Notwendigkeit einer solidarischen Verständigung darüber, wohin wir in Zukunft die knappen Ressourcen lenken wollen. Die viel beschworene Formel

vom „guten Leben“ bleibt ohne diese Debatte genau das: eine bloße Formel.

Impulse nutzen, Foren schaffen

Worauf sich m.E. die Debatte jetzt konzentrieren müsste, sind konkrete Exit-Strategien aus der Wachstumsgesellschaft: Welche Spielräume und Instrumente gibt es dafür, an welche Bewegungen und Widersprüche lässt sich hier anknüpfen? Die Kongress-Vorbereitungsgruppe hat eine Stellungnahme verfasst, die hierfür brauchbare Anknüpfungspunkte liefert. Die aktuelle Debatte um die zukünftige Energieversorgung wird hier mit Sicherheit besonders bedeutsam sein. ■

Dr. Bruno Kern, studierte Theologie und Philosophie und ist examinierter Gesundheits- und Krankenpfleger; derzeit arbeitet er freiberuflich als Lektor, Redakteur und Übersetzer; er gehört zu den Gründungsmitgliedern der „Initiative Ökosozialismus“ www.oekosozialismus.net.


Termin
17. September 2011

Studientag „Wirtschaft verstehen“

Die Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ lädt von 10 bis 18 Uhr zu einem Studientag ins Forum St. Peter nach Oldenburg ein. Es geht um die Entstehungszeit des Kapitalismus und die Weltwirtschaftskrise 1929/32 und ihre Folgen, um die Krise des Nachkriegskapitalismus und den globalen Siegeszug des Neoliberalismus sowie um Alternativen heute.

Informationen: www.paxchristi.de



Meldungen aus den Bistumsstellen

Zusammengestellt von Markus Weber



Mit Spaß und Fitness für den Frieden.
Foto: Katie J. Vantine

Bistumsstelle Aachen

10 Jahre Aachener Friedenslauf

Zum zehnten Mal hat pax christi in Aachen einen Friedenslauf durchgeführt. Dabei gingen 3.700 Kinder und Jugendliche für den Frieden auf die 850 Meter lange Strecke durch die Innenstadt, um Spendengelder für Friedensprojekte in Deutschland und der ganzen Welt zu erlaufen. Zwei Monate lang hatten sich die Kinder und Jugendlichen im Unterricht auf den Aachener Friedenslauf vorbereitet. So probierten sie in so genannten „Coolness-Workshops“ aus, wie sie im Konfliktfall einen kühlen Kopf bewahren können oder lernten Menschen kennen, die aus Konfliktländern kommen und sich dort für Frieden einsetzen, wie beispielsweise Noel Fuentes, der auf den Philippinen die „Warriors for Peace“ leitet. Er zeigte bei seinem Besuch in Aachen den Jugendlichen, wie sie durch Aikido eine innere Haltung der Friedfertigkeit entwickeln und sich verteidigen können, ohne anzugreifen. ■

Bistumsstelle Augsburg

10 Jahre Friedensräume Lindau

Unter dem Motto „Frieden leuchtet“ haben die Friedensräume Lindau ihr zehnjähriges Bestehen im Lindenhofpark mit einem Fest des Friedens gefeiert. Die Besucher/innen konnten dabei ein Fest erleben, das ihnen den Geist der Friedensräume mit allen Sinnen erlebbar

machte. Der Hörsinn wurde musikalisch beispielsweise durch die festlichen Klänge der Lindauer Bläser, durch das pax christi-Trio, durch Friedens- und Protestlieder oder durch einen Gospelchor angeregt. Texte von Erich Kästner bis Erich Fried regten zum Nachdenken an. Mitmachen hieß es dann bei einem Trommelworkshop, bei einer Einführung in die Friedenskampfkunst Aikido oder beim Basteln an Laternenbooten, die später von Kajaks leuchtend über den See gezogen wurden. Dazwischen unterhielten ein Zauberer sowie herumstreuende Clowns die Flaneure am Bodenseeufer. Und neben kulinarischen Genüssen wie etwa dem Besuch bei einer Kaffee-Riksha, hatten Neulinge die Möglichkeit, die Friedensräume selbst kennen zu lernen, die Ausstellung ‚Friedenstauben‘ zu bestaunen oder die Geschichte des Lindenhofparks zu erfahren.



Mitmachen war gefragt beim Fest der Friedensräume.
Foto: Cornelia Späth

Den Höhepunkt des geselligen Friedensfestes bildeten die stimmungsvollen Lichtinstallationen im Park und an der Lindenhofvilla, die Lichterboote auf dem Bodensee sowie die Skyballons für den Frieden. Mit „we shall overcome“ klang ein Abend aus, der den Friedensräumen entsprach: ein Fest für den Frieden und alle Sinne. ■

Bistumsstelle Bamberg

Beten für den Frieden – zahlen für den Krieg?

pax christi hat in Nürnberg am 13. Mai gemeinsam mit dem Netzwerk Friedenssteuer



Joachim Schneider und Brigitte Janus beim Kampagnenauftritt.
Foto: Bistumsstelle Bamberg

sowie dem Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden die Kampagne „Hallo Finanzamt – Steuern gegen Gewalt“ eröffnet. Gast der Veranstaltung war die Ärztin Brigitte Janus, die seit 1991 teilweise, seit dem Balkan-Einsatz der NATO vollständig ihre Steuerzahlungen zurückhält und seitdem für Mahnung, Säumnis und Pfändung zahlen muss. In ihrem Beitrag erläuterte Janus, warum sie nicht durch das Entrichten von Steuergeldern gezwungen werden möchte, Tod und Zerstörung mitzufinanzieren und verwies dabei auf ihre Gewissensfreiheit. Laut Diözesansprecher Joachim Schneider finden Bürger/innen, die sich dieser Initiative anschließen und mit ihren Steuergeldern nicht Kriegs- oder Rüstungsausgaben mitfinanzieren möchten, beim Netzwerk Friedenssteuer vorformulierte Eilanträge an das Finanzamt. Die Vordrucke würden den Gewissenskonflikt juristisch korrekt ausdrücken, sagte der Bistumssprecher. Zwar würden die Finanzämter das Anliegen mit einem Serienbrief noch abwinken und auf eine fehlende rechtliche Grundlage sowie auf eine politische Neutralität verweisen. Doch Widerspruch sei möglich und Kosten würden erst vor dem Finanzgericht anfallen. Mehr unter www.netzwerk-friedenssteuer.de ■

Bistumsstelle Essen

Noel Fuentes in Hattingen

pax christi hatte in Hattingen den Leiter der „Warriors for Peace“, Noel Fuentes, aus den Philippinen zu Gast. Dort stellte er am Gymnasium Waldstraße sein Land, die Kampfkunst Aikido und seine Arbeit mit Straßenkindern und Rebellengruppen in Theorie und Praxis vor. „Bei Aikido handelt es sich um eine japanische Bewegungs- und Kampfkunst, bei der Wert auf gegenseitigen Respekt gelegt wird“, wie eine Schülerin das Gelernte zusammenfasste. „Ziel ist es, sich selbst verteidigen zu können, ohne den Anderen zu verletzen“.

Am Tag zuvor hatte Noel Fuentes bereits einen Workshop mit Jugendlichen der Gemeinde St. Mariae Rosenkranz in Mülheim durchgeführt sowie die pax christi Kirche in Essen-Steele besucht. ■



Noel Fuentes, ein Meister der Friedenskampfkunst Aikido.
Foto: Bistumsstelle Essen

Bistumsstelle Freiburg

Auftaktveranstaltungen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“

Mit einer Informationsveranstaltung in der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Edith Stein sowie mit einem Ökumenischen Politischen Nachtgebet in der Kirche St. Martin am Rathausplatz hat pax christi in Freiburg auf die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und damit auf die deutschen Rüstungsexporte und deren Folgen aufmerksam gemacht. In seinem Vortrag an der KHG erläuterte der Freiburger Friedensaktivist und Rüstungs-



Biblische Besinnung und politisches Information beim Nachtgebet. Foto: Alfred Rabold

experte Jürgen Grässlin, wie mit Waffen, Rüstungsgütern und Lizenzvergaben „made in Germany“ seit Jahrzehnten die Zivilbevölkerung beispielsweise in den nordafrikanischen Staaten sowie dem Nahen und Mittleren Osten unterdrückt und die dortigen Demokratiebewegungen bekämpft werden. Mit an vorderster Front profitierten baden-württembergische Unternehmen wie Heckler & Koch und Daimler/EADS, so Grässlin. ■

Bistumsstelle Limburg

Mit dem Rad auf Spurensuche im Elsass

Zum zehnten Mal haben die pax christi-Bistumsstellen Limburg, Fulda und Mainz eine Fahrradrouten „Friedenswege“ durchgeführt. Nachdem es zuletzt durch die Rhön ging, stand in diesem Jahr eine Spurensuche im



Gemeinsam unterwegs auf Friedenswegen.
Foto: Bistumsstelle Limburg

Elsass auf dem Programm. Damit knüpften die Veranstalter/innen an die Tradition der mehrtägigen internationalen Routen zur Versöhnung der frühen pax christi-Bewegung an. Deren Grundidee besteht darin, als Christ/innen gemeinsam unterwegs zu sein und sich mit spirituell-biblischen und politisch-gesellschaftlichen Impulsen auseinander zu setzen. So ging es vom Startpunkt in Offenburg aus nach Kehl, dort über den Rhein nach Frankreich bis nach Straßburg, wo die Gruppe unter der Leitung des französischen pax christi- und Europarat-Mitglieds Alfons Zardi den Europarat besichtigte. Weitere Stationen entlang des Marnekanals waren Saverne mit der Abteikirche von Marmoutier, die eine der ältesten und schönsten romanischen Kirchen dieser Region darstellt, sowie das Franziskanerinnenkloster St. François in Thal-Marmoutier. Am letzten Tag ihrer Tour gingen die Teilnehmer/innen den „Chemin de la Mémoire“, den Erinnerungspfad, den Friedensinitiativen nahe der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich angelegt haben.

Gäste aus Srebrenica

Zwei Wochen lang hatte pax christi-Limburg elf meist junge Erwachsene und Jugendliche aus Bosnien-Herzegowina zu Gast. Ziel der Einladung war es, neben dem gegenseitigen Austausch und Kennenlernen den Gästen Grundlagen und Erfahrungen für ihre Gemeinde- und Friedensarbeit in Srebrenica mit auf den Weg zu geben. So gab es eine zweitägige Friedenswerkstatt mit Ana und Otto Raffai aus Kroatien, denen sich Besuche von Caritas-Einrichtungen, einer Schule, einer Schreinerei sowie einer Kindertagesstätte und einer bosnisch-muslimischen Gemeinde in der Region anschlossen. Auch lernten die jungen Besucher/innen ein Pfadfindercamp auf dem Hessentag kennen und machten einen Ausflug in den Hessenpark. In der zweiten Woche ihres

Lesen Sie weiter auf Seite 22



Meldungen aus den Bistumsstellen



Erfahrungsaustausch mit einer Caritas Jugendinitiative.
Foto: Bistumsstelle Limburg

Aufenthaltes, den die Südosteuropäer/innen im Gemeindezentrum der Pfarrei Mariä-Himmelfahrt in Frankfurt-Griesheim verbrachten, lernten sie die Möglichkeiten des Politischen Aktionstheaters kennen, besuchten das Schüler/innen-Café Müller der Katholischen Studierenden Gemeinde und deren Mädchentreff

Mafalda. Eine fruchtbare Auswertung und ein schönes Abschlussfest mit über 60 Teilnehmer/innen rundeten Besuch ab. ■

Regionalstelle in den Bistümern Osnabrück/Hamburg Clemens Schrader gestorben

Am 10. Juni ist der Sekretär der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg, Clemens Schrader, im Alter von 48 Jahren verstorben. Clemens Schrader hatte als Sekretär der Regionalstelle Osnabrück/Hamburg seit 1992 für pax christi in Osnabrück gearbeitet.

Die Verantwortlichen der Regionalstelle trauern um einen Freund und Weggefährten, dessen „besondere Gabe“ es war „verschiedene Menschen zusammenzuführen, Raum für Gespräche und Begegnungen zu schaffen und

mit Gruppen unterwegs zu sein. Dies sprach auch Menschen an, die sonst nicht bei pax christi waren. Die Erinnerung an die Opfer von Unrecht und Gewalt der NS-Zeit und das Lernen aus der Vergangenheit gehörten seit Clemens' Begegnung mit Gisela Wiese (1992) zu seinem Leben dazu“, so der Förderverein und das Leitungsteam der Regionalstelle anlässlich des Todes von Clemens Schrader. Clemens Schrader war lange Jahre berufenes Mitglied der bischöflichen Kommission „Mission, Entwicklung und Frieden“ und von 1997 – 2003 Mitglied des Präsidiums der Deutschen Sektion. ■



Foto: Regionalstelle Osnabrück/Hamburg



Zu pax zeit 2/2011 „Hat der moderne Mensch Angst vor Religion“

Für den Aufsatz von Christian Wilhelm in der Juniausgabe der pax zeit mit dem Titel: Hat der moderne Mensch Angst vor Religion? möchte ich mich sehr bedanken. Zum ersten Mal verstehe ich das Verhalten mancher Menschen in meinem Umfeld einerseits und das Gebaren der katholischen Geistlichen in den oberen Etagen.

Walburga Rüttenauer-Rest (pax christi-Mitglied seit 1955)

Zu pax zeit 2/2011 Kommissionsnachrichten „Den Auftrag der Bundeswehr klären“

Offener Brief an die pax christi-Kommission Friedenspolitik

„Am 7. April forderte die Kommission Friedenspolitik Verteidigungsminister de Maizière in einem offenen Brief auf, die Aufgaben deutscher Streitkräfte schlüssig und grundgesetz- und völkerrechtskonform zu beschreiben und ihren Charakter als Parlamentsheer zu stärken, etwa durch Erhöhung des Quorums für Auslandseinsätze auf Zweidrittel der abgegeben Stimmen.“

Kann es wirklich unser Anliegen sein, als christliche Friedensbewegung die Aufgaben deutscher Streitkräfte wie auch immer zu beschreiben und ein „Parlamentsheer“ zu fordern?

Jedes militärische Gewaltpotential und eben auch ein „Parlamentsheer“ ist die institutionelle Verneinung der Nächstenliebe.

Wir tun uns alle schwer mit der Feindesliebe, aber eine Institution zu akzeptieren, deren Sinn und Aufgabe die gewaltsame Bekämpfung des Feindes ist, das geht zu weit.

Die Akzeptanz eines Heeres ist die Akzeptanz kriegerischer Gewalt. Niemals vermag diese Akzeptanz den Ansatz für einen jesuanischen Frieden zu geben, der ein Frieden aus der Gewaltfreiheit ist.

Deshalb kann eine christliche Friedensbewegung nicht für Streitkräfte dieses oder jenes Charakters sein, sondern nur für deren Abschaffung (wie etwa in Costa Rica seit 1949), oder - wenn man schon eine Organisation für Katastropheneinsätze haben will – für die gänzliche Abschaffung ihrer Bewaffnung.

Immanuel Kant haben in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“, in der er die Abschaffung stehender Heere fordert, vermutlich keine christlichen Glaubensgründe bewegt, eher solche des tiefen Nachdenkens.

Wie viel mehr müsste eine „pax christi-Kommission Friedenspolitik“, ausgestattet mit dem Evangelium, zu einer solchen Forderung kommen.

Mit pfingstlichen Grüßen

Sepp Rottmayr



Peter Schönhöffer

Das Programm des gerechten Friedens weiterentwickeln

Was auf einer ökumenischen Weltversammlung immer wieder neu aufgenommen und gelernt werden kann ist das Erlebnis der Fülle. In Kingston (Jamaica) war all das wieder einmal erlebbar, was in der eigenen sozio-kulturellen Kleinweltlage womöglich gerade nicht (mehr) lebt, sei es die liturgische Disziplin und Freude der Vielen, sei es das prophetisch-politische Element der Vorkämpfer/innen, sei es das Bewusstsein von der sakralen Strenge des Gottesglaubens, sei es die „natürliche“ Freude der sich im Grundsätzlichen einig wissenden Gemeinschaft der Kirche, sei es die Begegnung mit früheren „Früchten“ der ökumenischen Bewegung, die einfach angefangen haben und losmarschiert sind mit einer Einsicht, die sich auf einer ökumenischen Versammlung entwickelt hatte. Wo auch immer all diese Berührungen mit Leben in überfließender Fülle am tiefsten in ein persönliches Erleben eingreifen, handelt es sich um ein wichtiges Potenzial dieser Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation (IÖFK) zum Abschluss und „Erntedank“ der Dekade zur Überwindung von Gewalt in Kingston: personal und gemeinschaftlich zu machende Gnadenerfahrungen, die wie immer im christlichen Verständnis in eine Verpflichtung übergehen – soll das Feuer des Herzens nicht ausgehen unterwegs in den Mühen der Ebene.

Gottes Wille: die Sicherheit aller Menschen

Eine erste interessante Markierung bestand in Kingston meines Erachtens darin, die eigentliche Natur von Sicherheit im Konzept „menschlicher Sicherheit“ wie es Inge Kaul

im United Nations Development Programm (UNDP) schon vor mehr als 15 Jahren beispielhaft erarbeitet hat, wiederzuerkennen. Vielleicht wird dessen historische Stunde noch kommen, wenn die ökumenische Bewegung „menschliche Sicherheit“ als „Gottes ureigene Sicherheitsstrategie“ für die Menschen gemeinsam zu beschreiben und kollektiv zu erfassen lernt. Bei ersten noch wenig organisatorisch verankerten und daher etwas zaghaft ansetzenden Versuchen etwa von Jonathan Frerichs aus dem ÖRK Mitarbeiter/innenstab, den Kompass für globale Anwaltschaft im Blick auf das Konzept des globalen Friedens in Kingston einzustellen, tauchte die Rede davon jedenfalls bereits auf, dass Freiheit von Furcht vor militärischer und nuklearer Bedrohung zu einem essentiellen Bestandteil einer neu zu fordernden Matrix für die Völker und Nationen werden könne. Ja, dem „Schrei nach Leben“ (Franz Hinkelammert) kommt biblisch gesehen vorrangige und unverlierbare Würde zu. Er muss von daher auf den Marktplätzen und in den Rahmenordnungen dieser Erde schöpfungsgemäß unterstützt und vor militärischer Übermacht geschützt werden. Menschliche Sicherheit, d.h. ein Mindestmaß an sozialer Sicherung, Beteiligung und existenzieller Freiheit von Not und Furcht vermag diese biblische Kernforderung meines Erachtens unter heutigen Bedingungen konzeptionell zu fassen und zum Ausdruck zu bringen. Militärische Sicherheit grenzt demgegenüber immer andere aus, verschlingt die Ressourcen, die uns auch morgen noch leben lassen und stellt in Form der Nuklearwaffen ständig neu alles Weiterleben des gesamten Planeten unter einen atomaren Vorbehalt. All die Fantasievorstellun-



Freude und Fülle gab es zu erleben während der Tage in Jamaica.
Foto: WCC/Peter Williams

gen der Feuerkraft sind als das zu entlarven, was sie bei Licht gesehen sind: ein Alptraum für die Menschheit, ob in Kinderspielen, als strategische Bedrohungsoption oder bereits wirklich gewordene militärische Praxis. Sagen wir es in ganz einfachen Worten: Gott will die (menschliche) Sicherheit aller Menschen! Wir müssen als ökumenische Bewegung also die verheerenden Konzepte „nationaler Sicherheit“ herausfordern. Wir müssen erkennen: Was die Existenz von Massenvernichtungswaffen all den davon betroffenen Seelen antut, ist Teil des grundlegenden Unwohlseins in der Welt von heute. ■

Peter Schönhöffer, katholischer Theologe und Sozialwissenschaftler, z. Zt. tätig als Lehrer für Politik, Wirtschaft, katholische Religion und Geschichte in Darmstadt, Vorstandsmitglied von „Kairos Europa“ (www.kairoseuropa.de), Mitglied der pax christi-Kommission „Globalisierung -soziale Gerechtigkeit“, Kuratoriumsmitglied der Stiftung Ökumene, tätig im Aufbau der Akademie für solidarische Ökonomie (www.akademie-solidarische-oekonomie.de)

